



Beschlussbuch der ordentlichen Juso-Bezirkskonferenz 2013

27. und 28. April 2013

Wilhelm-Gefeller-Bildungs- und Tagungszentrum, Bad Münden

Jusos 2013: Es macht uns ein Geschwätz nicht satt.

Inhaltsverzeichnis

Inhalt

Arbeitsprogramm Jusos 2013: Es macht uns ein Geschwätz nicht satt.	5
Antragsbereich: Arbeit	14
A1 - Diskriminierung in Bewerbungsverfahren erschweren!.....	14
A2 - Überstunden regeln –Ausgleich garantieren!	15
A3 - Sonderurlaub bei der Geburt eines Kindes	16
Antragsbereich: Bildung und Wissenschaft	17
B1 - Für die nachhaltige und verantwortliche Abschaffung aller Formen von Studiengebühren....	17
B2 - Mehrwertsteuer für Mensa-Essen senken	18
B3- Freier Zugang zu Schulabschlüssen	19
B4- Chancen für alle: Lebenslanges Lernen durch Öffnung der Hochschulen	20
B5- Prüfungsordnungen vereinheitlichen - Besser studieren.....	21
B6- MEGA weiter fördern – kritische Wissenschaften erhalten	22
Antragsbereich: Europa.....	23
E1 - Kein Fußbreit dem Djihadismus!	23
E2 - „Wasser ist Menschenrecht – Europäische BürgerInneninitiative „Right2Water“ unterstützen	24
E3 - Unterbindung der Exportsubventionen für landwirtschaftliche Erzeugnisse	25
Antragsbereich: Feminismus und Gleichstellung	26
FG1 - Bekenntnis zum Reißverschluss – alles andere ist Diskriminierung.....	26
FG2 - Resolution: Kampf dem Sexismus in der SPD!	27
FG3 - "Pille danach" freigegeben - Unnötige Hürden abbauen.....	28
FG4 - Beseitigung des generellen Blutspendeverbots von homo- und bisexuellen Männern.....	29
FG5 - Gleichbehandlung einfordern – Adoptionsrecht auch für homosexuelle Paare!.....	30
FG6 - Weg mit den Schubladen: Keine Diskriminierung durch Kategorisierung.....	31
Antragsbereich: Frieden	32
F1 - Transparenz schaffen: Waffenexporte und Rüstungsverträge einschränken und demokratisch legitimieren!	32
F2 - Kein Einsatz von Kampfdrohnen in der Bundeswehr !	33
Antragsbereich: Gesundheit.....	34
G1 - Keine Zuzahlung zu Medikamenten!.....	34
G2 - Für mehr Transparenz in der Pharmaforschung	35
G3 - Krankenversicherung zur Bürgerversicherung weiterentwickeln.....	36

G4 - Qualität statt Quantität – Bonuszahlungen für Leitungspersonal an Krankenhäusern einschränken	37
Antragsbereich: Inneres und Recht.....	38
IR1 - Always look on the bright side of life. – Für eine Gleichbehandlung aller Feiertage.	38
IR2- Härtefälle gerecht bewerten - FlüchtlingsvertreterInnen beteiligen.....	39
IR3 - Die Denunziationsförderung abschaffen – Hilfestellung ermöglichen!	40
IR4 - Besserer Umgang mit unschuldig Verurteilten!.....	41
IR5 - Für mehr Transparenz und Rechtsstaat!!.....	42
IR6 - Das Ehrenamt tatsächlich würdigen - für eine bessere Stellung in der Gesellschaft	43
IR7 - Ehrenamtliches Engagement nicht begrenzen!.....	44
IR8 - Gebärdensprache - Anerkennung als Minderheitensprache	45
IR9 - Geringverdiener schützen – Abzocke bei Sozialwohnungen stoppen!.....	46
Antragsbereich: Kultur und Medien.....	47
KM1 - Weitere Maßnahmen zur Modernisierung des Urheberrechts.....	47
KM2- CETA ablehnen – Kulturfltrate einführen!	48
KM3 - Abschaffung der GEMA-Vermutung	49
KM4- Kulturelle Teilhabe für alle – Für eine gerechtere Gebührenstruktur bei der GEMA	50
Antragsbereich: Nachhaltigkeit und VerbraucherInnenschutz	51
NV1 - Fleisch ist Grundnahrungsmittel	51
NV2 - Keine Patente auf Leben!.....	53
NV3 - Saubere Kleidung, faire Produktion.....	54
NV4- Dem Plastikwahnsinn ein Ende setzen!.....	55
NV5 - Speichermedien müssen bezahlbar bleiben!	56
NV6 - Das Wachstumsdogma ist unsozial! - Vier Thesen für neue Grundsätze jungsozialistischer Wirtschaftspolitik	57
Antragsbereich: Netzpolitik	58
N1 - Störerhaftung abschaffen!.....	58
N3 – Verbot von Deep-Impact-Projekten	59
Antragsbereich: Organisation	60
O1 – Anträge sprachlich vereinfachen – jede und jeden mitnehmen!	60
O2 – Bekenntnis zur öffentlichen Daseinsvorsorge auch auf Parteitag umsetzen!	61
Antragsbereich: Verkehrspolitik	62
V1 – Liberalisierung des Schienenpersonennahverkehrs in Niedersachsen rückgängig machen .	62
V2 – Gibt den SPNV auf der Bahnstrecke Syke – Eustrup eine Chance.	64

V3 – Sicherheit vor wirtschaftlichen Interessen: LKW-Überholverbot auf allen ein- bis zweispurigen Straßen!.....	65
Antragsbereich: Initiativanträge.....	66
Ini1 - Keinen Fußbreit dem Faschismus! Der radikalen Rechten entgegenreten!	66
Ini2 - Netzneutralität gesetzlich erhalten – Zukunftstechnologien nicht ausbremsen.....	67
Ini3 - Mit uns zieht die neue Zeit - Notwendige Reformen der SPD Niedersachsen.....	68

Arbeitsprogramm Jusos Bezirk Hannover 2013 - 2014

Seminare

Herbstplenium

5 Auch in diesem Jahr soll wieder das Herbstplenium in der HVHS Springe veranstalten. Hierbei wollen wir die bewährte Mischung aus Methoden- und Themenworkshops mit ReferentInnen von inner- und außerhalb der Partei beibehalten.

10 Einer der inhaltlichen Schwerpunkte wird hierbei bestimmt eine erste Bilanz der dann neun Monate amtierenden rot-grünen Landesregierung sein. Auch die Nachbetrachtung der Bundestagswahl wird sowohl in den methodischen wie auch in den inhaltlichen Workshops von großer Bedeutung sein.

Beim methodischen Teil des Plenums werden wir den Fokus u. a. auf die Aktivierung und Werbung von Mitgliedern legen, damit wir dauerhaft ein (auch in der Fläche) schlagkräftiger Verband werden bzw. bleiben.

15 Das Programm soll wieder so gestaltet werden, dass es sowohl erfahrene als auch neuere GenossInnen anspricht.

Feminismus 2014

20 Das FemSem hat sich in den vergangenen Jahren zu einem festen Bestandteil unseres Bildungs- und Seminarkonzepts entwickelt und etabliert. Die große Beteiligung sowie die sehr guten Feedbacks konnten sich über die Jahre hinweg halten. Deshalb soll auch im Frühjahr 2014 wieder ein Feminismusseminar stattfinden.

25 Das Seminar sowohl für Männer als auch für Frauen zugänglich zu machen, hat sich bewährt und wird beibehalten werden. Inhaltlich gehören sowohl die Grundlagenvermittlung als auch die themenbezogenen Vertiefungen des Themas mit den eingeladenen Referentinnen zum Erfolgsrezept des FemSems. Über die Grundlagenvermittlung hinaus soll das Seminar aber auch eine Plattform für den Austausch von Feministinnen und Feministen sein.

GSP

Ende Juni bieten wir für euch ein Seminar zu den Grundlagen sozialistischer Politik an. Gemeinsam werden wir die Wurzeln sozialistischer Politik erarbeiten und so die Grundsteine für unsere Arbeit vor Ort auffrischen und überarbeiten. Im Fokus steht dabei die Frage, was

will sozialistische Politik eigentlich erreichen und wie können wir diese Forderungen in unsere alltägliche politische Arbeit einfließen lassen. Wir werden außerdem versuchen wiederkehrende Schlagwörter inhaltliche auszugestalten: was bedeutet für uns soziale Gerechtigkeit und wie können wir diese mitgestalten?

5 **Planspiel Internationale Krisen**

Im Herbst wollen wir ein Planspiel mit dem Ziel der Simulation einer internationalen Krise durchführen. Dabei sollen die Teilnehmenden in die Rolle von Regierungen schlüpfen. Das Planspiel soll durch die Teilnehmenden ausgewertet werden und es sollen politische Forderungen (Reform der UN etc.) daraus diskutiert und entwickelt werden.

10 **Arbeitsseminar**

Im Rahmen dieses Seminars wollen wir uns über der Arbeit befassen. Dabei werden wir die Funktion der Arbeit im Kapitalismus und die Bedeutung der Arbeit als Aufgabe im Leben von Menschen herausarbeiten und beleuchten. Zudem wollen wir grundsätzliche Reformgedanken der Arbeit diskutieren und gemeinsam überlegen, welche Forderungen für die Jusos daraus Bestand haben oder aufgenommen werden müssen.

15 Zudem wollen wir uns auf diesem Seminar über die Zukunft der Industriepolitik machen und über die Absicherung von Arbeit und ihrer Risiken in der Sozialversicherung Gedanken machen. Wir werden an unsere guten Erfahrungen aus dem letzten Arbeitsseminar anknüpfen.

Verbandstage

20 Im Frühjahr und Herbst werden wir insgesamt drei Verbandstage zu aktuellen Themen durchführen die das Ziel haben konkrete Anträge für Konferenzen und Parteitage zu erstellen.

Aktiv gegen Rechts

25 In Zeiten von NSU-Terror und gesteigerten neonazistischen Aktivitäten sind wir der Ansicht, dass eine Auseinandersetzung mit rechten Strukturen unabdingbar ist. Gemeinsam wollen wir für eine offene und emanzipatorische Gesellschaft eintreten. Deshalb ist es wichtig rassistische und ausgrenzende Verhaltensweisen zu reflektieren und ihnen aktiv entgegenzutreten. Auf dieser Grundlage wollen wir neonazistische Aktivitäten beleuchten und unsere eigene Programmatik für eine tolerante Gesellschaft weiter vorantreiben.

30 **Zur Lage der Menschenrechte**

In einem Tagesseminar wollen wir uns mit den Menschenrechten beschäftigen. Welche Rechte gelten auf der Welt und in Europa, inwieweit haben diese Einfluss auf uns in Deutschland? Diese und weitere Fragen sollen in dem Seminar geklärt werden. Zudem verschaffen wir uns einen Überblick über die Länder, in denen Menschenrechte dauerhaft verletzt werden und beschäftigen uns mit der Einhaltung der Menschenrechte in Krisenregionen.

Besuch der Asse zwei Tage

Am Atommülllagers Asse II zeigt sich so gut wie an kaum einem anderen, die ganze Problematik der atomare Endlagerung und wie verantwortungslos mit dieser gefährlichen Art der Energieerzeugung umgegangen wurde.

- 5 Wir wollen uns gemeinsam mit einem Mitglied des Asse-Untersuchungsausschusses des Landtages über die Probleme bei der Einlagerung sowie der jetzt nötigen Rückholung von Atommüll informieren. Anschließend wollen wir gemeinsam zur Schachtanlage Asse fahren und in das Forschungsbergwerk einfahren.

10 Strukturen des Juso-Bezirks

Beirat stärken

- Im letzten Jahr ist der Beirat eingeschlafen. Dies möchten wir verändern. Der Beirat ist das Gremium auf Bezirksebene, wo alle Unterbezirke ein Mitspracherecht haben und sich beteiligen können. Er nimmt eine sehr wichtige Funktion für die Unterbezirke wahr. Es soll eine
15 neue Beiratsleitung gewählt werden und diese aktiv in der Stärkung des Beirats unterstützt werden. Konkret soll der Beirat wieder regelmäßig tagen. Auch das Ticket für den Bundeskongress soll wieder über den Beirat gestaltet werden. Ein Verteiler für die Beiratsmitglieder und die Unterbezirksvorsitzenden soll eingerichtet werden, sodass die Kommunikation verbessert wird. Ein starker Beirat bedeutet auch ein starker Bezirk, bestehend aus starken
20 Unterbezirken.

Schülis aufbauen

- Erfreulicherweise gab es in der Vergangenheit wieder Juso-SchülerInnen-Gruppen Unterbezirksebene. Wir wollen die Arbeit der Juso-SchülerInnen weiter aufwerten. Zentral dabei soll Qualifizierung von SchülerInnen in Rechtsfragen des Schulalltags, die organisatorische Qua-
25 lifizierung und ein gemeinsames Zeitungsprojekt sein. Mittelfristig wollen wir, dass die Juso-SchülerInnen eigenständig inhaltliche Beiträge erarbeiten können.

Unterbezirke aktivieren

Analysegespräche

- 30 Als Bezirksvorstand wollen wir mit jedem Unterbezirksvorstand ein Gespräch über die Frage der Stärken und Schwächen des Unterbezirks führen. Dabei soll insbesondere die Fragen im Mittelpunkt stehen, wie der Bezirk den Unterbezirken in seiner Arbeit unterstützen kann, wie Wissenstransfer zwischen den Unterbezirken verstärkt werden kann und wie die öffentliche Förderung von Maßnahmen der Bildungsarbeit (VPJ) in den Unterbezirken verankert
35 werden kann.

Unterbezirksvorsitzendenkonferenz

Wie auch im letzten Jahr wollen wir wieder eine Konferenz der Juso-Unterbezirksvorsitzenden veranstalten. Gerade für die Arbeit im Juso-Verband sowie im Landesverband und Bezirk der SPD ist der regelmäßige direkte Kontakt zwischen den Juso-UB-Vorständen auf der einen und dem Juso-Bezirksvorstand auf der anderen Seite sehr wichtig. Hierbei sollen die 13 Unterbezirke und der Bezirk Erfahrungen austauschen und die Vernetzung untereinander gestärkt werden.

Neumitgliederabende

Das Konzept der Neumitgliederabende soll ausgebaut werden. Verstärkt sollen diese in den UB stattfinden. Zudem bietet der Vorstand an Neumitgliederabende der UB mitzuhelfen und die Organisation zu unterstützen. Ein vom Bezirk entwickeltes Konzept soll im Rahmen einer Veranstaltung mit den interessierten Unterbezirken vorgestellt und ergänzt werden. Die Unterbezirke können sich dann an den Bezirk wenden.

Das Konzept der Neumitgliederabende soll ausgebaut werden. Das Konzept der Neumitgliederabende in den UBs soll in diesem Jahr deutlich verstärkt verfolgt werden. Entsprechende Materialien sollen zur Verfügung gestellt werden. Zudem bietet der Vorstand an, bei Neumitgliederabenden der UBs mitzuhelfen und die Organisation zu unterstützen.

Altivitätenexport

Die Analysegespräche werden uns aufzeigen, was in den einzelnen Unterbezirken gut und schlecht läuft. Es ist zu erwarten, dass die Analyse ergibt, dass es "weiße Flecken" in unserem Bezirk gibt. Dies sind Gebiete mit sehr wenigen Juso-Mitgliedern und beinahe keiner Aktivität. Die Aktivierung kann für diese Gebiete besonders effektiv vor Ort vorangebracht werden. Deshalb wollen wir über mehrere Wochen hinweg kontinuierlich an einem Ort, in einem solchen "weißen Fleck" Sitzungen und vor allem Aktionen durchführen und diese natürlich auch entsprechend bewerben.

Die Idee: Dabei sollen Neumitglieder angesprochen und bislang inaktive Genossinnen und Genossen aktiviert und dazu ermutigt werden, sich bei den Jusos vor Ort zu engagieren. Wir wollen, dass, wenn wir mit unseren Aktionen zum nächsten "weißen Fleck" weiterziehen, dort ein paar GenossInnen mit Lust auf Engagement diese Aktivitäten weiterführen und selbst Sitzungen und Aktionen durchführen. Dies ist eine unserer Strategien, um den "weißen Flecken" auf der Juso-Bezirkkarte den Kampf anzusagen.

Juso Landesverband

Wir wollen als Juso-Bezirk Hannover weiter die Abschaffung der SPD-Bezirke. Wir müssen aber erkennen, dass es gerade wieder eine Verfestigung der Bezirksstrukturen gibt. Das führt zu absurden Entscheidungen und ist nicht gut für die Menschen in Niedersachsen.

5 Der Juso-Landesverband steht an einem wichtigen Punkt in seiner Entwicklung. Derzeit ist er nicht Handlungsfähig. Das fehlende personelle Engagement der meisten Bezirke sorgt ebenso für eine Lähmung des Landesvorstandes, wie die fehlende finanzielle oder hauptamtliche Ausstattung durch den SPD-Landesverband.

10 In beiden Fragen ist der Juso-Landesverband aber auf einem guten Weg: Mit den eingeleiteten Neuwahlen des Juso-Landesvorstandes ist der Weg frei für einen Neustart. Auch der Bezirk Hannover wird dabei weiter Verantwortung übernehmen.

15 Die Frage der Kampagnenfähigkeit der Jusos entscheidet sich aber an anderer Stelle: Der Ausstattung der Jusos durch den SPD-Landesverband. Derzeit verspielt die SPD alle Chancen der Jusos, indem sie sich – anders als alle anderen Parteien die in Niedersachsen im Landtag vertreten sind – weigert eine hauptamtliche Landesgeschäftsführung zu finanzieren.

Partei

SPD-Bezirk

20 Der Vorstand des SPD-Bezirks besteht größtenteils aus Landtagsabgeordneten oder ehemaligen Landtagsabgeordneten bzw. hauptamtlich in der Politik Tätigen. Wir wollen, dass der SPD-Bezirksvorstand wieder ein Gremium wird, in dem auch Ehrenamtliche signifikant mitbestimmen können, in welche Richtung der Bezirk Hannover geht. Zudem sollen Entscheidungen transparent gemacht werden und nicht vorab durch den geschäftsführenden Vorstand schon „beschlossene Sache“ sein.

25 Wir lehnen ab, dass die Aufgaben im Bezirksvorstand auf nur wenige Schultern verteilt werden und viele Genossinnen und Genossen bei der Arbeit ganz außen vor bleiben. Insbesondere müssen auch die VertreterInnen der Arbeitsgemeinschaften in die Arbeitsprozesse eingebunden werden.

Die Steuerung des SPD-Bezirks erfolgt heute ausschließlich aus dem geschäftsführenden Vorstand – nicht über den Bezirksvorstand. Das wollen wir überwinden.

Parteitag

35 Auf dem ordentlichen Parteitag im Juni 2013 wollen wir mit den Jusos in den Unterbezirken stark vertreten sein. Mit einer großen Anzahl von Juso-Delegierten wollen wir sicherstellen, dass im Bezirk eine echte linke Politik gemacht wird und auch unsere Anträge beschlossen werden können. Deshalb wird es auch wieder Vorbesprechungen der Jusos geben, an denen alle Jusos im Bezirk Hannover teilnehmen können und sollen.

Ziele

Die Jusos sind eine der größten Arbeitsgemeinschaften im Bezirk Hannover – dies soll auch im SPD-Bezirk deutlich werden. Beim Bundestagswahlkampf wollen wir vermehrt Forderungen nach finanzieller Unterstützung stellen. Zudem wollen wir wieder mit gewählten ordentlichen Mitgliedern und kooptierten Jusos im Bezirksvorstand vertreten sein, um auch dort unsere Forderungen nach linker Politik durchsetzen zu können.

SPD-Landesverband

Der Landtagswahlkampf hat uns erneut schmerzhaft die Strukturfehler des SPD-Landesverbandes vor Augen geführt. Der Verband ist weiterhin nur ‚Spielball‘ der Bezirke und finanziell, wie personell viel zu schlecht ausgestattet.

Auch zeigt sich ein gewisses Demokratie-Defizit innerhalb des Landesverbandes. Dadurch, dass der ‚Bezirks-Proporz‘ die mit Abstand größte, wenn nicht sogar die einzige Handlungsmaxime ist, fällt eine ehrliche, offene Debatte oft unter den Tisch.

Ein Großteil des Problems liegt im Vorstand. Dieser ist zum Großteil nur mit hauptamtlichen MandatsträgerInnen besetzt. Das Landespräsidium, das dem Vorstand viel zu oft Entscheidungen abnimmt, besteht komplett aus amtierenden oder frisch ausgeschiedenen Landtags- und Bundestagsabgeordneten. Gerade gegenüber der Landesregierung und der führenden Regierungsfraktion wird durch die großen personellen Überschneidungen nicht der nötige Abstand gewahrt.

Ein weiteres großes Problem liegt in der massiven Unterdrückung des Landesparteirates. Das Gremium, welches die Vertretung der Unterbezirke auf Landesebene ist, ist praktisch handlungsunfähig. Ein angemessener Austausch zwischen dem Landesverband und den Unterbezirken findet über den Landesparteirat faktisch nicht mehr statt. Die massive Unzufriedenheit der Unterbezirke hat sich zuletzt auch in der Abwahl der Vorsitzenden des Parteirates gezeigt.

Wir wollen unsere Kräfte in den Gremien und auf den Parteitag des Landesverbandes daher nutzen, um kurzfristig

- für den Vorstand und das Präsidium eine Quote für politisch ehrenamtlich tätige GenossInnen durchzusetzen.
- den Landesparteirat zum kleinen Parteitag auszubauen, der regelmäßig tagt und über alle wichtigen Entscheidungen für den Landesverband befinden muss.

Mittelfristig kämpfen wir weiterhin für die Überwindung der antiquierten Bezirksstrukturen und die Schaffung eines Bezirkes Niedersachsen.

35 Wahlkämpfe

Bundestagswahlkampf: Jusos on the Road

Antragsbereich: Arbeitsprogramm

5 Im Juso-Bundestagswahlkampf wollen wir als Bezirksvorstand unterwegs sein und den Unterbezirken Aktionen anbieten. Dabei soll ein Standard-Wahlkampf-Stand durch andere Wahlkampfaktionen ergänzt werden. Ziel ist es mit Ideen, Material und Personal in die Fläche zu kommen. Abhängig ist die Umsetzung insbesondere von der Finanzierung durch den SPD-Bezirk.

Frauenwahlkampf

10 Auch die letzte Landtagswahl zeigt wieder ein klares Stimmdefizit in einer sehr entscheidenden WählerInnengruppe: junge Frauen und Erstwählerinnen. Als feministischer Richtungsverband ist es eines unserer Hauptziele dies in den nächsten Wahlkämpfen anzugehen und bei den kommenden Wahlen zu verändern.

Die Frauenpostkarten waren im letzten Jahr im gesamten Bezirk ein großer Erfolg und kamen nicht nur im Landtagswahlkampf, sondern auch in der Partei, sehr gut an. An diesen Erfolg wollen wir anknüpfen und so im Bundestagswahlkampf als weiteres Highlight das Konzept eines Frauen-Wahlkampfstands umsetzen.

15 Im Zuge dessen werden wir beispielsweise unsere Frauenpostkartenmotive in A3 als Plakate produzieren sowie weitere für insbesondere junge Frauen besonders gut geeignete Materialien und Aktionsangebote an diesem Stand haben. Selbstverständlich werden wir dieses Konzept mit aller umsetzungsrelevanten Ausrüstung, wie anderes Wahlkampfmaterial auch, den Unterbezirken zum Ausleihen zur Verfügung stellen.

20 Aktion: Die Nacht ist rot.

Hierbei wollen wir einen Nachtstand anbieten, der abends und nachts stattfindet. Ziel ist es dort Wahlkampf zu machen, wie Jugendliche und junge Erwachsene Party machen oder auf den Weg zur Party sind. Dabei wollen wir genau darauf zugeschnittenes Material erstellen und niedrigschwellig anbieten.

25 Aktion: Kein Export von Leid und Krieg

Deutschland ist Europameister im Export von Waffen. Die Bundesregierung hat jede Zurückhaltung beim Export von Waffen, auch an menschenverachtende Regime, aufgegeben. Wir wollen mit lebensgroßen Panzern als Plastikaufsteller dies überall dort anprangern, wo CDU –Prominenz im Wahlkampf auftritt.

30 Junge Teams und CampaignerInnen

Der SPD-Parteivorstand verfolgt gemeinsam mit Jusos und Juso-Hochschulgruppen dieses Jahr eine neue Strategie in Bezug auf den Jugendwahlkampf zur Bundestagswahl. Für die aktive Beteiligung der Juso-Strukturen wurden CampaignerInnen benannt, die den Jugendwahlkampf vor Ort koordinieren und die lokalen Gruppen bei ihren Planungen unterstützen.
35 Eine Einrichtung von Jungen Teams zur Bundestagswahl ist somit nicht nötig und wird auch

nicht angestrebt. Die geplante Jugendwahlkampf-Kampagne wird von den CampaignerInnen und den ausführenden Strukturen getragen. Im Vordergrund stehen hierbei die Inhalte, die wir als Jusos teilen können und von denen junge Menschen sich angesprochen fühlen. Im Klartext: inhaltlicher Wahlkampf vor Personalwahlkampf! Denn wir stehen für Inhalte, nicht für leere Versprechungen.

Europawahlkampf 2014

Am Anfang des Europawahlkampfs steht für uns natürlich die Auswertung des Bundestagswahlkampfs im Sommer 2013. Was ist gut gelaufen? Was ist schlecht gelaufen? Was hat vielleicht nicht den gewünschten Effekt hervorgerufen? Ideen, die im Bundestagswahlkampf gut umgesetzt wurden und mit denen wir gute Erfahrungen gemacht haben, werden wir selbstverständlich auch im Europawahlkampf einsetzen.

Die sozialdemokratischen Ziele für diese mittlerweile in vielen Politikfeldern relevanteste politische Ebene liegen für uns klar auf der Hand: Wir wollen ein demokratischeres Europa, in dem das Parlament die maßgeblichen Entscheidungen fällt und nicht der europäische Rat mit den Regierungs- und Staatschefs. Wir wollen ein soziales Europa und keine reine Wirtschaftsunion, die ausschließlich versucht „den Märkten“ das Leben so angenehm wie möglich zu machen.

Wir wollen im Europawahlkampf dafür kämpfen, dass es im EU-Parlament endlich eine rot-grüne Mehrheit gibt und die S&D-Fraktion die stärkste Kraft wird. Wir wollen, dass die konservativen Mehrheiten in allen europäischen Gremien nach und nach fallen. Deshalb wollen wir, dass, nachdem dann bereits ein halbes Jahr für die Bundesrepublik wieder ein sozialdemokratischer Kanzler an den Ratssitzungen teilnimmt, die Mehrheit im Parlament eine sozialökologische ist.

Darüber hinaus wollen wir, dass Bernd Lange als linker Abgeordneter der niedersächsischen SPD wiedergewählt wird und sich mit dafür einsetzt, dass Martin Schulz Präsident der Europäischen Kommission wird.

Wir kämpfen für ein besseres Europa! - Wir kämpfen für ein sozialdemokratisches Europa!

Kenia 2013

Den 2012 begonnenen und von der Bundesregierung geförderten Austausch wollen wir fortsetzen. Ziel des Austausches soll es weiter sein gegenseitiges Lernen zu ermöglichen. 2013 wollen wir einen Gegenbesuch ermöglichen. Thematische Schwerpunkte sollen dabei insbesondere Fragen der Demokratisierung und Selbstverwaltung der Gesellschaft und Landwirtschaftspolitik sein. Der Austausch wird für alle Mitglieder des Bezirks Hannover ausgeschrieben und soll durch die Teilnehmenden vor- und nachbereitet werden.

Arbeitsweise des BeVo

Wir wollen im Juso-Bezirk Hannover weiterhin öffentlich und transparent arbeiten. Dazu gehört, dass alle Sitzungen und Telefonkonferenzen sowie Entscheidungsprozesse verbandsöffentlich stattfinden. Einladungen werden stets über E-Mail-Verteiler an alle Jusos im Bezirk Hannover verschickt und jedeR kann teilnehmen. Für die Unterbezirke sind wir als Ansprechpartner stets erreichbar. Der enge Kontakt zu den Unterbezirken soll weiter ausgebaut werden, um die Arbeit vor Ort zu unterstützen und auch Hilfestellung zu geben.

Wir wollen weiterhin auf moderne Kommunikationsformen in unserer Arbeit setzen, um so auch dezentral arbeiten zu können. Dazu gehört die Arbeit mit dem Sozipad, Abstimmungsverfahren über Liquid Feedback und die Vernetzung im Internet über verschiedene Plattformen.

Der Bezirksvorstand versteht sich selbst als kollegiales Organ, in dem Aufgaben gleichmäßig auf alle nach Kompetenzen und Interessen verteilt werden. Wir wollen möglichst breit in den Gremien des Verbands und in der Partei vertreten sein. Der Vorstand wird sich eine Geschäftsordnung geben. Zu Beginn des Vorstandsjahres und nach der Bundestagswahl wird der Vorstand eine Klausurtagung durchführen. Sitzungen sollen zudem strukturiert durchgeführt werden: Tagesordnungspunkte sollen ein Zeitlimit erhalten, sodass in den Sitzungen alle Punkte gleichermaßen behandelt werden können. Deshalb sollen die Sitzungen auch mit Anfangs- und Schlusszeit eingeladen werden.

Antragsbereich: Arbeit

A1	A1 - Diskriminierung in Bewerbungsverfahren erschweren!	
	AntragstellerInnen: UB Region Hannover	
	Weiterleitung: Bezirksparteitag	

Auf dem Weg zu einer diskriminierungsfreien Behandlung von Bewerbungen in Deutschland ist es für uns Jusos Ziel, dass

- 5 1. alle Bewerbungsverfahren dahingehend anonymisiert werden sollen, dass im schriftlichen Bewerbungsteil Daten zu Name, Geschlecht, Alter, Wohn- und Geburtsort, Religionszugehörigkeit, Familienstand, Nationalität sowie Fotos in der Bewerbung nicht enthalten sein dürfen.
2. Schulabschlüsse ohne Angabe der Ausbildungsstätten aufgeführt werden sollen.
- 10 3. im Lebenslauf alle Zeitangaben in Anzahl der Jahre (x Jahre) und nicht in Zeiträumen (tt.mm.jjjj – tt.mm.jjjj) angegeben werden sollen.
4. Kontaktdaten, falls nicht ausreichend anonymisiert (siehe 1.), den über die Bewerbung entscheidenden Personen nicht vor Abschluss der schriftlichen Bewerbungsphase zugänglich sein dürfen.
- 15 5. sowohl Bewerbungsverfahren für BeamtInnen und den öffentliche Dienst als auch in der Privatwirtschaft hiervon betroffen sein sollen.

A2

A2 - Überstunden regeln –Ausgleich garantieren!

AntragstellerInnen: UB Region Hannover

Wir fordern, dass das Arbeitszeitgesetz dahingehend ergänzt wird, dass jedeR ArbeitgeberIn zur Etablierung einer Überstundenregelung verpflichtet wird. Konkret wird gefordert:

1. Überstunden sind durch Freizeit oder Geldleistung oder eine Mischung daraus auszugleichen.
- 5 2. Der Überstundenausgleich darf in keinem Falle verweigert werden.
3. Der Überstundenausgleich in Form von Geldleistungen darf in keinem Falle unter dem vertraglich vereinbarten Lohn/Gehalt liegen.
4. Arbeitsvertragliche Regelungen, die diesen Forderungen widersprechen, sind nichtig.
- 10 5. Überstunden sollen innerhalb eines Monats, müssen aber maximal innerhalb eines Quartals ausgeglichen werden.
6. Im Falle der Beendigung des Arbeitsverhältnisses müssen alle Überstunden ausbezahlt werden.

A3	A3 - Sonderurlaub bei der Geburt eines Kindes	
	AntragstellerInnen: UB Region Hannover	

Wir fordern, dass jedeR PartnerIn einer schwangeren Frau und Kindsvater Anspruch auf mindestens einen Tag Sonderurlaub mit Lohnfortzahlung bei der Geburt des Kindes hat.

Antragsbereich: Bildung und Wissenschaft

B1	B1 - Für die nachhaltige und verantwortliche Abschaffung aller Formen von Studiengebühren	
	AntragstellerInnen: UB Göttingen	
	Weiterleitung: Landeskonzferenz:	

- 5 Wir setzen uns auch nach der Wahl einer rot-grünen Landesregierung in Zusammenarbeit mit den Juso-Hochschulgruppen und anderen Gruppen für die schnellstmögliche Abschaffung aller Arten von Bildungsgebühren - zum Beispiel allgemeine Studiengebühren, Langzeitstudiengebühren sowie die Verwaltungskostenbeiträge - in Niedersachsen ein. Wir werden den Gesetzgebungsprozess konstruktiv begleiten und versuchen, Einfluss auf die Debatte zu nehmen.

B2	B2 - Mehrwertsteuer für Mensa-Essen senken	
	AntragstellerInnen: UB Hameln-Pyrmont	
	Weiterleitung: Landeskonferenz und Bundeskongress	

Auch die Schulspeisung in der schuleigenen Mensa oder Kantine soll, dem existierenden Angebot an Hochschulmensen entsprechend, von der Umsatzsteuer befreit werden, um eine günstige und gesündere Versorgung der SchülerInnen während des Schulalltags zu gewährleisten.

B3	B3- Freier Zugang zu Schulabschlüssen	
	AntragstellerInnen: UB Region Hannover	

5 Es muss jederzeit möglich sein, jeden Schulabschluss nachzuholen. Dafür muss ein Rechtsanspruch auf einen Platz in einer geeigneten Schulform wohnortnah geschaffen werden. Abendschulen und Fachoberschulen sind auszubauen bzw. zu erweitern. Die Möglichkeit zur Teilzeit-Schule muss dabei gegeben sein. Schulgeld darf nicht genommen werden und das Schüler-BAföG muss zur Erlangung eines Schulabschlusses altersunabhängig zur Verfügung stehen.

B4

B4- Chancen für alle: Lebenslanges Lernen durch Öffnung der Hochschulen

AntragstellerInnen: UB Region Hannover

- Alle, die einen Schulabschluss erworben und eine abgeschlossene Berufsausbildung oder eine vergleichbare schulische Qualifizierung haben und in der Folge den Beruf mindestens zwei Jahre ausgeübt haben, sind berechtigt ohne Beschränkung ein Studium an einer Hochschule aufzunehmen.
- 5 Von Seiten der Universität muss die Möglichkeit eines beratenden Gesprächs, welches den Studienanfängern hilft, eigene Wissensdefizite zu erkennen und Wege aufzuzeigen diese zu beheben. Dies darf aber nicht als Grund herangezogen werden, dieser Person das Studium ganz oder zeitweise zu verweigern. Es sind studienbegleitende und vorbereitende Qualifizierungsseminare, Brückenkurse, bzw. Mentoringprogramme für alle Studiengänge anzubieten.
- 10 Alle an den jeweiligen Universitäten und Hochschulen angebotenen Studiengänge sind auch in Teilzeit anzubieten.
Die Langzeitstudiengebühr ist abzuschaffen.
Der BAföG-Bezug ist altersunabhängig und studierendauerunabhängig auszugestalten.
Zulassungsbeschränkungen zum Master für AbsolventInnen eines fachpassenden Bachelorabschlusses sind nicht weiter zulässig.
- 15

Wir fordern, dass das nds. Hochschulgesetz dahingehend geändert wird, dass die Prüfungsordnungen aller Hochschulen in Niedersachsen folgende Bedingungen erfüllen:

- 5 -Studierende dürfen nicht zwangsweise zu Prüfungen angemeldet werden.
- Anmeldungen zu Prüfungen dürfen nur zu organisatorischen zwecken durchgeführt werden (Raumplanung, Bestuhlung, Anzahl Klausuren etc.).
- Das begründete Fehlbleiben zu einer angemeldeten Prüfung darf nicht zum Nichtbestehen der Prüfung führen.
- Die Anzahl der Prüfungsversuche ist unbegrenzt.
- 10 -Die Form der Prüfung wird durch die Studienkommission beschlossen. Jede Prüfungsform ist zulässig, sofern sie nicht gegen geltendes Recht verstößt.
- JedeR StudierendeR hat nach Bewertung der Prüfung das Recht auf Einsicht.
- Prüfungstermine müssen spätestens 4 Wochen vor der Prüfung bekanntgegeben werden.
- 15 -Das Prüfungsergebnis muss innerhalb von 4 Wochen nach der Prüfung, spätestens jedoch am letzten Tag des Semesters bekanntgegeben werden. Daraus folgt, dass Prüfungstermine vor Ende des Semesters liegen müssen.
- Erstreckt sich die Bearbeitungszeit einer Abschlussarbeit über den Semesterwechsel und ist der Abgabetermin dieser Abschlussarbeit der einzige (Prüfungs-)Termin in dem neuen Semester, so sind alle Gebühren und Verwaltungskostenbeiträge für das neue Semester zurückzuerstatten.
- 20

Des Weiteren fordern wir, dass folgende Regeln gelten:

- 25 -Es gibt keine Präsenzplicht bei Seminaren und Vorlesungen.
- Die einzige Bedingung zur Zulassung zu einem Masterstudiengang ist ein erfolgreich abgeschlossenes Bacherlostudium oder eine vergleichbare Qualifikation. Alles andere (Motivati-onsschreiben, Auswahlgespräch, Numerus Clausus, etc.) darf nicht mehr zur Zulassung herangezogen werden.
- Studien- und Verwaltungsgebühren werden abgeschafft.
- 30

B6

B6- MEGA weiter fördern – kritische Wissenschaften erhalten

AntragstellerInnen: UB Region Hannover

Wir fordern, dass die Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) auch zukünftig im bisherigen Umfang weitergeführt werden kann und ihre institutionelle, personelle und finanzielle Ausstattung bis zum vollständige Abschluss der Edition sichergestellt wird. Die aktuelle Forderung nach einer Einschränkung der Finanzierung nach 2015 lehnen wir ab.

5

Wir fordern die SPD-Fraktionen im deutschen Bundestag und in den Landesparlamenten dazu auf, entsprechende Pläne im Zuge der Haushaltsverhandlungen für die Forschungs- bzw. Wissenschaftsministerien abzulehnen und sich dafür einzusetzen, dass auch in Zukunft die Erstellung der MEGA abgesichert ist.

Antragsbereich: Europa

E1	E1 - Kein Fußbreit dem Djihadismus!	
	AntragstellerInnen: UB Göttingen	
	Weiterleitung: Landeskonferenz	

Wir fordern ein Verbot der Hisbollah in Deutschland und der Europäischen Union durch die Aufnahme der Hisbollah auf die Terrorliste der EU.

5

E2

E2 - „Wasser ist Menschenrecht – Europäische BürgerInneninitiative „Right2Water“ unterstützen

AntragstellerInnen: UB Region Hannover

Weiterleitung: Bezirksparteitag

Die Jusos Bezirk Hannover:

1. unterstützen die europäische BürgerInneninitiative „Right2Water“;
2. lehnen die Pläne der Europäischen Kommission zur Liberalisierung der Wasser- und Abwasserwirtschaft in Europa ab und fordern, diese Bereiche aus dem Anwendungsbereich der Konzessionsrichtlinie dauerhaft auszuschließen;
- 5 3. fordern die SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament auf, sich gegen die Pläne der Europäischen Kommission einzusetzen;
4. setzen sich für einen universellen Zugang zu Wasser- und Sanitärversorgung für alle Menschen ein;
- 10 5. rufen dazu auf, das BürgerInnenbegehren zu unterschreiben und durch Unterschriftensammlungen, Onlineaktionen und andere Aktivitäten für weitere Unterschriften zu werben;
6. setzen sich für die Beibehaltung der Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand ein und fordern eine Wiederverstaatlichung der bisherigen Privatisierungen in diesem Bereich.

15

E3	E3 - Unterbindung der Exportsubventionen für landwirtschaftliche Erzeugnisse	
	AntragstellerInnen: UB Region Hannover	

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland möge sich in den Institutionen der EU dafür einsetzen, dass Exportsubventionen für landwirtschaftliche Erzeugnisse abgeschafft werden.

Antragsbereich: Feminismus und Gleichstellung

FG1	FG1 - Bekenntnis zum Reißverschluss – alles andere ist Diskriminierung	
	AntragstellerInnen: Bezirksvorstand	
	Weiterleitung: Bezirksparteitag und Landeskonferenz	

- 5 Die Jusos bekennen sich zum Reißverschlussverfahren und zur Gleichberechtigung von Männern und Frauen bei Listenaufstellungen. Nur durch den Reißverschluss haben Frauen größtmögliche Chance über die Liste ebenso viele Mandate wie Männer zu erringen. Darüber hinaus bleibt das Problem, dass viel zu wenige Genossinnen als Direktkandidatinnen in aussichtsreichen Wahlkreisen aufgestellt werden.

FG2	FG2 - Resolution: Kampf dem Sexismus in der SPD!	
	AntragstellerInnen: Bezirksvorstand	
	Weiterleitung: Bezirksparteitag	

Die Jusos bekennen sich zum Feminismus und bekämpfen sexistische Äußerungen und sexistisches Verhalten innerhalb der Jusos und innerhalb der SPD.

Deshalb fordern wir:

- 5 1. dass das Thema Sexismus und Frauenförderung in den Vorständen auf Bundes-, Landes-, Bezirks- und Unterbezirksebene thematisiert wird.
2. einen respektvollen Umgang mit allen Menschen in der Partei, insbesondere mit neuen Genossinnen.
3. quotierte Redelisten auf allen Ebenen bei den Jusos und in der Partei zu führen.
- 10 4. dass Bezirks- und Landesebene dafür Sorge tragen, dass mehr Frauen für den Landtag und Bundestag kandidieren.
5. dass die SPD-Landtagsfraktion zu mindestens 40% aus Frauen besteht und die Landesregierung paritätisch besetzt wird.
6. Frauen gezielt in der politischen Arbeit zu fördern.
7. gendergerechte Sprache konsequent in allen Publikationen und in Redebeiträgen einzusetzen.
- 15 8. dominantes Redeverhalten abzulegen.
9. dass auf Parteitag die Hälfte der großen Redebeiträge von Frauen gehalten werden und die Hälfte der Gäste Frauen sind.
- 20 10. dass vor allem Funktionsträgerinnen und Funktionsträger ihre eigenen Äußerungen überdenken und auch außerhalb von Parteiveranstaltungen verletzende und sexistische Äußerungen unterlassen.

FG3	FG3 - "Pille danach" freigeben - Unnötige Hürden abbauen.	
	AntragstellerInnen: Bezirksvorstand	
	Weiterleitung: Bezirksparteitag	

Wir fordern die Freigabe der "Pille danach" zum freien Verkauf in Apotheken. Die bestehende Rezeptpflicht ist abzuschaffen.

FG4	FG4 - Beseitigung des generellen Blutspendeverbots von homo- und bisexuellen Männern	
	AntragstellerInnen: UB Lüneburg	
	Weiterleitung: Bezirksparteitag	

Wir fordern die Beseitigung des grundsätzlichen Ausschlusses von homo- oder bisexuellen Männern bei der Blutspende. Die im Fragebogen für Blutspenden vorhandene Frage zur Sexualität und der daraufhin folgende Ausschluss sind nicht mehr zeitgemäß und stellen eine Diskriminierung von Homosexuellen Männern dar.

- 5 Wir erachten zudem eine allgemeine Fragestellung auf die sexuelle Aktivität der blutspendenden Person ohne eine Geschlechterspezifikation als sinnvoll. Die Bundesärztekammer wird dazu aufgefordert, ihre Richtlinien bezüglich der Blutspende dahingehend zu verändern.

FG5	FG5 - Gleichbehandlung einfordern – Adoptionsrecht auch für homosexuelle Paare!	
	AntragstellerInnen: UB Region Hannover	

Die Jusos Bezirk Hannover fordern ein allgemeines Adoptionsrecht für sogenannte ‚Lebenspartnerschaften‘, welches dem Gesetz zur Adoption in der Ehe gleichgestellt ist.

FG6	FG6 - Weg mit den Schubladen: Keine Diskriminierung durch Kategorisierung	
	AntragstellerInnen: UB Region Hannover	

Die Eintragung des Geschlechtes Einwohnermeldeämtern und anderen Behörden und Institutionen erfolgt künftig auf Angabe der betroffenen Person. Hierbei soll es neben „weiblich“ und „männlich“ zumindest eine weitere Kategorie geben. Eine Änderung des eingetragenen Geschlechts ist auf einfachen Antrag der betroffenen Person möglich.

Antragsbereich: Frieden

F1	F1 - Transparenz schaffen: Waffenexporte und Rüstungsverträge einschränken und demokratisch legitimieren!	
	AntragstellerInnen: Bezirksvorstand	
	Weiterleitung: Bezirksparteitag und Bundeskongress	

Die Jusos im Bezirk Hannover verurteilen die momentane Rüstungspolitik der deutschen Bundesregierung und fordern:

1. dass alle Rüstungsexporte durch den Bundestag legitimiert werden.
- 5 2. dass Transparent geschaffen wird und öffentlich Diskussionen im Bundestag zu den einzelnen Exporten stattfinden können.
3. dass keine Rüstungsverkäufe in Krisen- und Konfliktgebiete getätigt werden dürfen.
4. dass Rüstungsexporte in Entwicklungsländer schärfere Richtlinien unterliegen müssen.

F2	F2 - Kein Einsatz von Kampfdrohnen in der Bundeswehr !	
	AntragstellerInnen: UB Region Hannover	
	Weiterleitung: Bundeskongress	

Die Jusos fordern die SPD-Bundestagsabgeordneten dazu auf,

1. sich für die Ächtung und ein weltweites Verbot von Kampfdrohnen einzusetzen,
2. sich gegen die Anschaffung sowie den Einsatz von bewaffneten und kampffähigen unbemannten Luftfahrzeugen (Kampfdrohnen), durch die Bundeswehr oder andere deutsche staatliche Institutionen, sowie die damit bezweckte gezielte Tötung von Menschen, im In- und Ausland strikt einzusetzen,
3. sich für die Schaffung von völkerrechtlich bindenden Grundlagen rundum den möglichen Status und beim Einsatz dieser Waffen. Sofern dies nicht gelingt, ist ein weltweites Verbot und eine Ächtung dieser durchzusetzen und
4. sich dafür einzusetzen, dass der Einsatz von Spähdrohnen durch die Bundeswehr nur in Kriegs- und äußeren Krisengebieten zulässig ist. Ein Einsatz im Inneren hat zu unterbleiben, ausgenommen im Rahmen der Amtshilfe bei Großschadenslagen (Katastrophen).

Antragsbereich: Gesundheit

G1	G1 - Keine Zuzahlung zu Medikamenten!	
	AntragstellerInnen: UB Holzminden	
	Weiterleitung: Landeskonferenz, Bundeskongress und SPD-Bundestagsfraktion z.K.	

JedeR muss sich die Medikamente leisten können, die er/sie braucht.

Daher fordern wir:

- 5 - keine Zuzahlung zu rezeptpflichtigen Medikamenten - insbesondere für StudentInnen, Auszubildende, RentnerInnen/PensionärInnen oder GeringverdienerInnen
- keine Unterstützung der Pharmaindustrie auf Kosten der o. g. Personenkreise

G2	G2 - Für mehr Transparenz in der Pharmaforschung	
	AntragstellerInnen: UB Region Hannover	

Wir fordern die Einrichtung einer bundesweiten, öffentlichen und kostenlos zugänglichen Datenbank, für alle in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführten klinischen Arzneimittel Prüfungen.

G3

G3 - Krankenversicherung zur Bürgerversicherung weiterentwickeln.

AntragstellerInnen: UB Region Hannover

Wir Jusos wollen die Bürgerversicherung.

Versichert werden müssen dabei alle Menschen die in Deutschland leben. Anders als bisher nicht nur die jetzt Pflichtversicherten, sondern auch ArbeitnehmerInnen über der Beitragsbemessungsgrenze, Beamte, Soldaten und Selbständigen. Alle heute privat Versicherten überführen wir in die Bürgerversicherung.

Die Bürgerversicherung muss finanziert werden durch einen paritätischen Anteil bei Arbeitnehmern und Beamten und allen Personen die diesen gleichgestellt sind. Erweitert werden muss die Finanzierung durch Belastung von Einkünften aus Vermietung und Verpachtung, Kapitalvermögen und selbstständiger Arbeit und allen sonstigen Einkommen.

Wir wollen ein Ende von Sonderbeiträgen. Die Beitragsbemessungsgrenze gehört auf die durch die Verfassung begrenzte höchstmögliche Höhe.

G4	G4 - Qualität statt Quantität – Bonuszahlungen für Leitungspersonal an Krankenhäusern einschränken	
	AntragstellerInnen: UB Region Hannover	

Die Jusos Bezirk Hannover fordern die SPD-Landtagsfraktion und niedersächsischen SPD-Bundestagsabgeordneten auf, ...

- 1, ... sich für ein Verbot von umsatz- und fallzahlorientierten Bonuszahlungen an InhaberInnen von Leitungspositionen in Krankenhäusern und anderen medizinischen Einrichtungen einzusetzen;
- 2, ... sich für eine Pflicht zur Veröffentlichung von Kriterien für Bonuszahlungen durch die Krankenhäuser einzusetzen.

Antragsbereich: Inneres und Recht

IR1	IR1 - Always look on the bright side of life. – Für eine Gleichbehandlung aller Feiertage.	
	AntragstellerInnen: Bezirksvorstand	
	Weiterleitung: Bezirksparteitag und Landeskonferenz	

Die Jusos im Bezirk Hannover fordern eine Änderung des Niedersächsischen Feiertagsgesetzes (NFeiertagsG) mit folgenden Zielen:

- 5 1. Verbote von öffentlichen Tanzveranstaltungen (siehe § 9 NFeiertagsG), egal an welchem Tag, sind klar abzulehnen. Deshalb fordern wir die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag sowie die Niedersächsische Landesregierung dazu auf, diese Verbote abzuschaffen.
- 10 2. Einschränkungen der Versammlungsfreiheit sowie die Beweispflicht es höheren Zwecks von öffentlichen Veranstaltungen an gesetzlichen Feiertagen (siehe § 5 a) und b) NFeiertagsG) sind für uns unverständlich. Deshalb fordern wir die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag sowie die Niedersächsische Landesregierung dazu auf, diese Einschränkungspraxis zu beenden.
- 15 3. Auch alle weiteren Verbote, die für Karfreitag, den Volkstrauertag und Totensonntag gesetzlich geregelt sind und über die sonstigen Bestimmungen an gesetzlichen Feiertagen hinausgehen (also die in § 6 NFeiertagsG aufgezählten Verbote), sind ebenfalls nicht nachvollziehbar. Deshalb fordern wir die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag sowie die Niedersächsische Landesregierung dazu auf, diese Verbote aufzuheben.
- 20 4. Die bisherige Regelung für konfessionsspezifische Feiertage, wonach deren Geltung von den aktuellsten Volkszählungsdaten abhängig ist (siehe §§ 7 - 12 NFeiertagsG), ist kein sinnvolles Verfahren.

IR2

IR2- Härtefälle gerecht bewerten - FlüchtlingsvertreterInnen beteiligen

AntragstellerInnen: UB Göttingen

Weiterleitung: Landeskonzferenz

5

Die SPD Niedersachsen soll sich im Landtag dafür einsetzen, dass der Niedersächsische Flüchtlingsrat an der niedersächsischen Härtefallkommission mit einem Stimmrecht beteiligt wird. Ebenso soll es allen Anträgen möglich gemacht werden in der Kommission behandelt zu werden, insbesondere wenn der Termin für Abschiebemaßnahmen schon festgelegt wurde. So soll in diesem Zusammenhang der Ausschlussgrund wegfallen, wenn ein Antrag nach Meinung der Kommission offensichtlich keinen Erfolg haben wird. Mittelfristig soll in der Kommission auch Platz für Flüchtlingsorganisationen eingeräumt werden. Langfristig setzen wir uns für das Ende sämtlicher Abschiebungen und für eine weltweite Staatsbürgerschaft ein.

10

IR3	IR3 - Die Denunziationsförderung abschaffen – Hilfestellung ermöglichen!	
	AntragstellerInnen: UB Region Hannover	
	Weiterleitung: Bezirksparteitag und Landeskongress	

Wir fordern die Abschaffung der Verpflichtung von Krankenhäusern, Jugendämtern und Einrichtungen der öffentlichen Jugendhilfe, Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung an die zuständige Ausländerbehörde zu melden.

5 § 87 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz soll die Fassung erhalten „Öffentliche Stellen mit Ausnahme von Schulen, Bildungs- und Erziehungseinrichtungen, Einrichtungen der Jugendhilfe einschließlich der Jugendämter sowie der Krankenhäuser haben Ihnen bekannt gewordene Umstände...“

10 § 87 Abs. 2 Aufenthaltsgesetz soll wie folgt abgeändert werden: „Öffentliche Stellen im Sinne des Absatzes 1 abgesehen von den dort genannten Ausnahmen haben unverzüglich die Ausländerbehörde zu unterrichten, wenn sie im Zusammenhang mit Ihrer Aufgabenerfüllung Kenntnis erlangen von (...)“

15 Im Gegenzug ist ÄrztInnen, PädagogInnen und ErzieherInnen, SozialarbeiterInnen und anderen MitarbeiterInnen öffentlicher Einrichtungen, die im besonderen Maße dem Wohl der Sie aufsuchenden oder von ihnen aufgesuchten Menschen verpflichtet sind, die ausdrückliche Pflicht aufzuerlegen, über ihnen bekannt werdende fehlende oder abgelaufene Aufenthaltserlaubnisse Dritten gegenüber zu schweigen.

IR4	IR4 - Besserer Umgang mit unschuldig Verurteilten!	
	AntragstellerInnen: UB Celle	
	Weiterleitung: Bezirksparteitag	

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich in einer Bundesratsinitiative für eine gerechte Ausgestaltung der Haftentschädigung einzusetzen, wie bereits 2009 von der SPD-Fraktion im Landtag beantragt wurde.

1. Änderung des § 7 StrEG (Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen)

5 Bisherige Fassung des § 7 StrEG: Umfang des Entschädigungsanspruchs

(1) Gegenstand der Entschädigung ist der durch die Strafverfolgungsmaßnahme verursachte Vermögensschaden, im Falle der Freiheitsentziehung auf Grund gerichtlicher Entscheidung auch der Schaden, der nicht Vermögensschaden ist.

10 (2) Entschädigung für Vermögensschaden wird nur geleistet, wenn der nachgewiesene Schaden den Betrag von fünfundzwanzig Euro übersteigt.

(3) Für den Schaden, der nicht Vermögensschaden ist, beträgt die Entschädigung 25 Euro für jeden angefangenen Tag der Freiheitsentziehung.

(4) Für einen Schaden, der auch ohne die Strafverfolgungsmaßnahme eingetreten wäre, wird keine Entschädigung geleistet.

15 Streiche Absatz 2 ersatzlos.

Ändere Abs. 3:

Für den Schaden, der nicht Vermögensschaden ist, beträgt die Entschädigung 50 Euro für jeden angefangenen Tag der Freiheitsentziehung.

2. Neuer § 70a NJVollzG (Niedersächsisches Justizvollzugsgesetz)

20 Füge nach § 70 NJVollzG ein:

Die §§ 69 Abs. 3 und 70 gelten insbesondere auch für zu Unrecht Verurteilte.

3. Statistik zu Fehlurteilen

25 Die Landesregierung wird beauftragt, eine geeignete Statistik zu den in Niedersachsen ergangenen Fehlurteilen erarbeiten zu lassen. Hierbei soll insbesondere aufgeführt werden, aus welchem Grund diese Fehlurteile gefällt wurden.

IR5	IR5 - Für mehr Transparenz und Rechtsstaat!!	
	AntragstellerInnen: UB Region Hannover	
	Weiterleitung: Bezirksparteitag	

Wir fordern...

- 1) ...die Einrichtung von Untersuchungsinstanzen, die von Polizei unabhängig sind und bei Vorwürfen gegen PolizeibeamtInnen, StaatsanwältInnen oder ZollbeamtInnen zuständig sein sollen.
- 2) ...eine Audio- und Videoaufzeichnung in allen Bereichen einer Polizeiwache in denen sich Inhaftierte aufhalten, sofern dies nicht das Persönlichkeitsrecht oder das Recht auf vertrauliche Gespräche mit ihrem Rechtsbeistand oder Arzt/Ärztin verletzt. Die Aufzeichnungen sollen auf einem externen Server gespeichert werden

IR6

IR6 - Das Ehrenamt tatsächlich würdigen - für eine bessere Stellung in der Gesellschaft

AntragstellerInnen: UB Hameln-Pyrmont

Weiterleitung: Landeskongress

Die SPD auf Landes- und Bundesebene wird aufgefordert, sich grundlegend Gedanken für eine bessere Stellung des Ehrenamts und des ehrenamtlichen politischen Engagements in der Gesellschaft zu machen und konkrete Schritte zur Verbesserung der jetzigen Situation zu unternehmen.

IR7	IR7 - Ehrenamtliches Engagement nicht begrenzen!	
	AntragstellerInnen: UB Region Hannover	

5 Wir fordern die SPD-Landtags- und Bundestagsfraktion auf, sich für die Aufhebung von Altersgrenzen für die Ausübung ehrenamtlicher Tätigkeiten einzusetzen. Stattdessen sollen andere Möglichkeiten gefunden werden, um die Befähigung für die ehrenamtliche Tätigkeit, zum Beispiel in der Feuerwehr oder im Katastrophenschutz, nachzuweisen. In Betracht kommen hierfür vor allem regelmäßige Überprüfungen der Leistung bei allen in diesem Bereich ehrenamtlich Tätigen.

IR8	IR8 - Gebärdensprache - Anerkennung als Minderheitensprache	
	AntragstellerInnen: UB Göttingen	
	Weiterleitung: Landeskonzferenz	

Die Deutsche Gebärdensprache soll in den jeweiligen Gesetzen des Landes Niedersachsen im Sinne der "Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen" als Minderheitensprache anerkannt und somit dem Saterfriesischen und dem Niederdeutschen rechtlich gleichgestellt werden.

IR9

IR9 - Geringverdiener schützen – Abzocke bei Sozialwohnungen stoppen!

AntragstellerInnen: UB Region Hannover

Die Jusos Bezirk Hannover fordern, die gesetzlichen Regelungen zur Wohnraumförderung auf den Prüfstand zu stellen und vorhandene Gesetzeslücken, die rasante Mietsteigerungen bei Sozialwohnungen möglich machen, zu schließen.

5 Jede Art der Förderung des Sozialwohnungsbaus muss zukünftig genossenschaftlich oder öffentlich organisiert werden.

Starke Mietsteigerungen mit dem Ziel der Entmietung von Wohnobjekten unter Strafe zu stellen.

Antragsbereich: Kultur und Medien

KM₁	KM ₁ - Weitere Maßnahmen zur Modernisierung des Urheberrechts	
	AntragstellerInnen: UB Diepholz	
	Weiterleitung: Bundeskongress	

Um diese Punkte sollte nach unserer Auffassung das Thesenpapier der SPD-Fraktion konkretisiert und ergänzt werden:

- 5 1. Das Urheberrecht muss so ausgestaltet werden, dass insbesondere grundrechtlich geschützte Positionen wie die Allgemeine Handlungsfreiheit, Informationelle Selbstbestimmung, Eigentum und Arbeit möglichst angemessen und effektiv garantiert werden können. Nur unter dieser Prämisse kann ein neues Urheberrecht in der gegebenen Rechts- und Wirtschaftsordnung Bestand haben.
- 10 2. Die exzessiv betriebene Abmahn-Industrie durch Anwälte und Inkasso-Unternehmen ist zu stoppen. Nach Vorbild des Gesetzes zum Unlauteren Wettbewerb sollten Einzelpersonen nicht mehr ohne Weiteres klagen dürfen. Vielmehr sollte dies nur staatlich autorisierten Verbänden möglich sein.
- 15 3. In Fällen einer Abmahnung darf es nicht mehr per se zu astronomisch hohen Schadensersatzforderungen kommen. Die heute gesetzlich bestehende, aber undeutliche Unterscheidung zwischen erheblicher und unerheblicher Urheberrechtsverletzung muss vom Gesetzgeber präziser gefasst werden.
- 20 4. Zum Schutze Minderjähriger im Umgang mit dem Urheberrecht im Internet muss von staatlicher Seite mehr Aufklärung betrieben werden. In Ansehung der großen Bedeutung des Internets im täglichen Leben ist auch die Möglichkeit bereits früh ansetzender schulischer Bildungsmaßnahmen allgemein zum Verhalten im Internet zumindest zu prüfen.
- 25 5. Bildung ist das höchste Gut unserer Gesellschaft. Wir stellen fest, dass öffentliches Bildungsinteresse in keiner Weise das Urheberrecht beschädigt, sondern die Gesellschaft insgesamt voranbringt. Daher fordern wir eine breite Zugänglichkeit und Verwertbarkeit von Werken für Forschung und Lehre, sofern keine kommerzielle Nutzung vorliegt. Darüber hinaus sehen wir es als selbstverständlich an, dass alle mit öffentlichen Geldern unterstützen Veröffentlichungen der breiten Allgemeinheit zugänglich gemacht werden.
- 30 6. Ein über die staatlichen Grenzen hinausgehendes einheitliches Urheberrecht ist notwendig, um der Globalität des Urheberrechts, insbesondere im Internet, Rechnung zu tragen. Daher müssen Anstrengungen unternommen werden, um ein internationales völkerrechtliches Abkommen zum Urheberrecht zu etablieren. Aufgrund der Komplexität dieses Verfahrens ist vorab bzw. parallel auch eine Verordnung oder Richtlinie innerhalb der EU zu erstreben.

KM2

KM2- CETA ablehnen – Kulturflatrate einführen!

AntragstellerInnen: UB Region Hannover

Weiterleitung: Bezirksparteitag

Die Jusos Bezirk Hannover fordern, dass das in Arbeit befindliche Handelsabkommen CETA nicht umgesetzt wird, da es weitestgehend inhaltsgleich mit dem bereits verworfenen ACTA ist. Stattdessen soll die Möglichkeit einer sogenannten Kultur-Flatrate überprüft werden, die mit der Rechnung des Internetanbieters abgerechnet wird.

5

KM3

KM3 - Abschaffung der GEMA-Vermutung

AntragstellerInnen: UB Region Hannover

Die Jusos Bezirk Hannover fordern, dass künftig Verwertungsgesellschaften in der Beweispflicht sein müssen, ob sie eineN KünstlerIn vertreten, wenn sie Gebühren für eine öffentliche Aufführung, Sendung etc. erheben. Die Gesetze, insbesondere das Urheberrechtswahrnehmungsgesetz sind entsprechend anzupassen. Die derzeit praktizierte Beweislastumkehr zum Nachteil von VeranstalterInnen etc. lehnen wir entschieden ab.

5

Die Jusos Bezirk Hannover stehen solidarisch an der Seite von MusikerInnen und den BetreiberInnen von Discotheken, Musikzentren, gemeinnützigen VeranstalterInnen und anderen öffentlichen Einrichtungen (im Folgenden als VeranstalterInnen bezeichnet), in denen Musik gespielt wird.

5 Gerade deswegen lehnen wir die geplante GEMA-Tarifreform ab, da diese nicht zwischen den eigenen Interessen, den Interessen der KünstlerInnen und denen der VeranstalterInnen abgewogen wird.

Durch die geplante Tarifreform ist mit beträchtlichen Kostensteigerungen für die VeranstalterInnen zu rechnen, welche gerade die kleineren oder nicht gewinnorientierten von Ihnen unverhältnismäßig stark belasten wird.

10 Zugleich ist nicht ersichtlich, dass sich die Einnahmen der KünstlerInnen – gerade solcher, deren Erfolg überwiegend nicht aus dem klassischen CD-Verkauf heraus resultiert – verbessern würden. Die geplante Tarifreform würde stattdessen überwiegend zu einer Einnahmensteigerung der GEMA selbst sowie der Musikkonzerne führen. Dies benachteiligt insbesondere KünstlerInnen die keinen Vertrag mit Musikkonzernen haben und ihre Musik auf anderen Wegen (wie z.B. das Internet oder über Liveauftritte) verbreiten.

15 Wir fordern daher:

- die Beibehaltung der alten Tarifregelungen.

- die Befreiung von gemeinnützigen, nicht gewinnorientierten Veranstaltungen von der Gebührenpflicht.

20 - Dass die Verwertungsgesellschaften gesetzlich zu mindestens so viel Transparenz verpflichtet werden, dass ersichtlich wird, wie die Verteilung der eingetriebenen Gelder auf die Mitglieder der Gesellschaft erfolgt. Danach soll die Politik die Verteilungsschlüssel der Gesellschaften überprüfen und gegebenenfalls Vorschriften zur Umverteilung machen.

25 - Dass Werke von KünstlerInnen und AutorInnen, die sich bewusst dazu entscheiden, NICHT Mitglied einer Verwertungsgesellschaft zu werden, nicht mit einer Abgabe an die Gesellschaften behaftet werden dürfen.

Antragsbereich: Nachhaltigkeit und VerbraucherInnenschutz

NV ₁	NV ₁ - Fleisch ist Grundnahrungsmittel	
	AntragstellerInnen: Bezirksvorstand	

1. Fleisch ist Grundnahrungsmittel.

Für Milliarden Menschen ist Fleisch ein Grundnahrungsmittel. Tierische Produkte - darunter auch
5 Fleisch - sichern Existenzen von Menschen, die sonst nicht überleben könnten. In vielen Regionen
der Welt ist Fleisch günstiger oder einzig verlässlichste Proteinlieferant. Ein weltweiter Verzicht auf
Fleisch als Grundnahrungsmittel würde für diese Menschen das Ende ihrer bisherigen Existenz be-
deuten oder sie in erhöhte Abhängigkeit zu Anbietern von Alternativen zwingen. Jungsozialistische
Politik will allen Menschen Zugang zu einer ausreichenden und gesunden Ernährung ermöglichen –
10 niemand soll Hungern müssen. Wir erkennen die Rolle von Fleisch als Grundnahrungsmittel daher
an.

2. Fleisch ist Lebensqualität. Gute Fleischproduktion ist Produktion für alle Menschen.

Fleisch war seit der nach dem ersten starken Bevölkerungswachstum nach der Neolithischen Revo-
lution¹ für weite Zeiten der menschlichen Geschichte ein äußerstes Luxusgut. In den Wohlstands-
15 zentren hat sich dies verändert, für weite Teile der Welt gilt das bis heute.

Fleisch ist für viele Menschen aber auch Lebensqualität. Für die Menschen in den Wohlstandszent-
ren bedeutet Fleischkonsum eine Aufwertung ihrer Speisepläne. Es gibt tausende kulturelle Gepf-
logenheiten die das Leben von Menschen erfüllen und die an den Fleischkonsum gekoppelt sind.
Fleisch ist dabei aber häufig auch teuer und von schlechter Qualität. Bei allen Bestrebungen jungso-
20 zialistischer Politik Herstellung und Konsum von Fleisch zu verändern, muss es daher zentrale For-
derung sein, dass alle Menschen Fleisch zu für sie vertretbare Preise erhalten können. Fleisch darf
nicht Luxusgut für eine nationale oder globale Oberschicht sein. Das bedeutet für uns insbesondere,
dass wir den Konsum von Fleisch nicht über den Preis steuern wollen und dass wir eine Produktion
für alle Menschen anstreben.

25 Das hat aber unmittelbare Konsequenzen: Fleisch für alle Menschen wird nicht auf kleinen „romanti-
schen“ Bauernhöfen im Grünen produziert werden können. Selbst wenn der Konsum in den beste-
henden Wohlstandszentren zurückgeht, werden andere Menschen insbesondere in Asien in Zukunft
mehr Fleisch essen wollen. Das wird unmittelbar dazu führen, dass die Menschheit mehr und nicht
weniger Tiere halten wird. Eine Abkehr von einer Tierhaltung im großen Style kann es also nicht ge-
30 ben.

¹ Also dem Übergang von JägerInnen und SammlerInnen-Kulturen zu sesshaften und von der Landwirtschaft abhängigen Kulturen.

3. Gute Fleischproduktion ist eine Frage effizienter Ressourcenbewirtschaftung.

Fleischproduktion benötigt viele Ressourcen, insbesondere Fläche, Wasser und Arbeitskraft. Werden Tiere mit Nutzpflanzen gefüttert, wird für ein Kilo Fleisch ein Vielfaches an Futter benötigt. Heute wird oft Fleisch oft so produziert, dass Ressourcenknappheit entsteht oder verschlimmert wird.

5

Daneben hebt Fleischproduktion aber auch Potentiale: Nicht alle durch Tierhaltung bewirtschafteten Flächen, können durch Nutzpflanzen genutzt werden. Ein beachtlicher Teil der Ernten werden dauerhaft, auch nach einer möglichen Umstellung weg von Futterpflanzen hinzu der direkter Verwendung als Lebensmittel oder anderer Nutzpflanzen, nicht von ausreichender Qualität für die industrielle oder häusliche Verwendung sein. Wollen wir diese Flächen und diese Teile der Ernten nicht nur für die Produktion von Energie nutzen(Biomasse), ist Tierhaltung die Antwort diese Ressourcen zu nutzen.

10

Wir JungsozialistInnenn und Jungsozialisten wollen, das Lebensmittel grundsätzlich in der Region angebaut werden, in der sie auch verbraucht werden. Darüber hinaus wird es aber auf Dauer noch Regionen geben, die Überschüsse produzieren können, weil notwendige Ressourcen dort im Überfluss vorhanden sind und die lokale Bevölkerung bereits versorgt ist. Diese Produktion wird weiter benötigt werden um die Städte zu versorgen. Für die Fleischproduktion bedeutet das insbesondere, dass sie dort verringert werden muss wo heute Menschen unter ihren Folgen leiden.

15

4. Alternativen finanzierbar und praktisch möglich machen. Eine gute Fleischproduktion ist eine Frage von guter Tierhaltung.

20

Das Halten und Töten eines Tieres um es verwenden zu können, bedeutet Leid für das Tier. Und viele Haltungsformen verstärken heute dieses Leid unnötig. Die Art wie wir Tiere Halten und Töten, müssen darauf ausgerichtet sein, Tieren möglichst wenig Leid hinzuzufügen. Die Herausforderung ist es aber, dieses Kriterium mit den vorangehenden zu verbinden. Eine für alle verfügbare tiergerechte und ressourcenschonende Produktion ist also das Ziel.

25

Dafür benötigt es Veränderungen in der Produktion: Tiergerechtere Haltung benötigt insbesondere mehr Fläche. Flächen sind aber knapp. Auswege daraus kann Vertical Farming, also die landwirtschaftliche Produktion in Hochhäusern sein. Grundsätzlich stellt sich auch die Frage, ob Fleischersatz – also durch Pflanzen – und die Produktion von Fleisch durch Zellkulturen in Bioreaktoren – also ohne Tiere – mittelfristig Lösungen anbietet. Tatsache ist aber, dass die Forschung an dieser Form der Produktion, sehr kapitalintensiv ist und daher nur durch große Unternehmen geschieht. Dem gilt es entgegenzutreten.

30

Die Frage der Ernährung der Welt und damit die der Produktion von Fleisch darf aus Sicht der Jusos nicht in die Hände weniger Großunternehmen fallen. Es ist daher unablässig, dass öffentlich finanzierte und für alle ProduzentInnen nutzbare Forschung auf diesen Sektor stattfindet. Außerdem müssen außerhalb der Großunternehmen bestehende Formen der Haltung von Tieren auch geschützt und gezielt weiterentwickelt werden.

35

NV2

NV2 - Keine Patente auf Leben!

AntragstellerInnen: UB Region Hannover

1. Die Jusos Bezirk Hannover sprechen sich gegen Patente auf Leben aus und fordern die Herausnahme der Patente auf Leben aus dem Einheitspatent der Europäischen Union.
2. Des Weiteren fordern wir eine effektive Rechtsverteidigungsmöglichkeit für VerbraucherInnen, LandwirtInnen, ZüchterInnen und anderen vor Patentverletzungen.
3. Auf Bundesebene machen wir uns dafür stark, dass das "Landwirte-" und das "Züchterprivileg" erhalten bleiben. ZüchterInnen müssen weiterhin Tiere und Pflanzen für die Züchtung nutzen können, und LandwirtInnen diese für die Vermehrung, ohne Patentverletzungen und Strafen fürchten zu müssen.

10

Die Jusos Bezirk Hannover sprechen sich für eine intensivere Informationspolitik der Bevölkerung über die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den ausländischen Zulieferbetrieben, in der Kleidungsindustrie und andere Industriezweige, mit dem Bezug auf die Verantwortung im Kaufverhalten, aus.

- 5 Darüber hinaus sollen Möglichkeiten geschaffen werden, Verstöße gegen nationale und internationale Sicherheitsstandards zu bestrafen. Im Extremfall muss es möglich sein, solche Produkte vom Markt zu nehmen oder den gesamten hierdurch erzielten Umsatz als Strafe anzusetzen.

Die Jusos fordern ein generelles Umdenken beim Umgang mit Plastik und Plastikbeinhaltenden Gütern. Konkret fordern wir:

- eine gezielte Förderung der Erforschung nach umweltverträglichen und nachhaltigen Alternativen zu den verschiedenen Plastik-Stoffen

5 auf europäischer Ebene:

- neben dem Plastik-Fischer-Programm müssen Mittel und Wege gefunden werden, in Kläranlagen so viele Plastikreste wie möglich aus dem Wasser herauszufiltern, bevor das geklärte Wasser in die Gewässer geleitet wird.

- Verbot von Plastik-Inhaltsstoffen in Körperpflegeprodukten wie Zahnpasta oder Duschgel

10 - Auf europäischer Ebene eine Informationsinitiative, bezüglich der Probleme mit Plastik bei Herstellung, Verwendung und Folgen für die Umwelt und den Menschen, anzuregen

auf globaler Ebene:

- Die UN muss prüfen, wie man weltweit gegen die „Vermüllung“ der Meere vorgehen kann

NV5

NV5 - Speichermedien müssen bezahlbar bleiben!

AntragstellerInnen: UB Region Hannover

Die Jusos Bezirk Hannover sprechen sich gegen die Abgabenerhöhung auf Speichermedien (USB-Sticks und Speicherkarten) durch die Zentralstelle für private Überspielrechte (ZPÜ) aus und fordern die Rücknahme derer. .

5

NV6

NV6 - Das Wachstumsdogma ist unsozial! - Vier Thesen für neue Grundsätze jungsozialistischer Wirtschaftspolitik

AntragstellerInnen: UB Göttingen

Der Bezirksvorstand wird in dieser Amtsperiode eine Veranstaltung zum Thema Wirtschaftswachstum durchführen.

Antragsbereich: Netzpolitik

N1	N1 - Störerhaftung abschaffen!	
	AntragstellerInnen: UB Region Hannover	
	Weiterleitung: Juso-Bezirksvorstand	

Die Jusos Bezirk Hannover fordern die Abschaffung der Störerhaftung. Dafür soll das Telemediengesetz wie folgt geändert werden:

5 An § 8 werden folgende Absätze 3 und 4 angefügt:

„(3) Der Ausschluss der Verantwortlichkeit (Absatz 1) umfasst auch gewerbliche und nichtgewerbliche Betreiber von Funknetzwerken, die sich an einen nicht im Voraus namentlich bestimmten Nutzerkreis richten (öffentliche Funknetzwerke).

(4) Der Ausschluss der Verantwortlichkeit (Absatz 1) umfasst auch Ansprüche auf

10 Unterlassung.“

N3	N3 – Verbot von Deep-Impact-Projekten	
	AntragstellerInnen: UB Region Hannover	
	Weiterleitung: Juso-Bezirksvorstand	

Die Jusos Bezirk Hannover fordern ein Verbot der Deep Packet Inspection (DPI)-Technologie für alle AnbieterInnen von Telekommunikationsdienstleistungen.

Antragsbereich: Organisation

O1	O1 – Anträge sprachlich vereinfachen – jede und jeden mitnehmen!	
	AntragstellerInnen: UB Region Hannover	

5 Anträge zu künftigen Konferenzen und Parteitage der Jusos und der SPD sollten in möglichst einfach verständlicher Sprache gehalten werden. Insbesondere Fachbegriffe sollten durch verständliche Sprache ersetzt werden (aber nicht durch Umgangssprache). Ist keine Ersetzung des Fachbegriffes möglich, soll er in Form einer Fußnote oder einer Randnotiz kurz erklärt werden.

Antragstexte sollten ihrem Thema gerecht werden und dabei konkret und präzise ihre Forderungen darstellen, also möglichst kurz und knapp gehalten werden. Die Begründung und der Antragstext sollen sauber voneinander getrennt werden.

O2

O2 – Bekenntnis zur öffentlichen Daseinsvorsorge auch auf Parteitag umsetzen!

AntragstellerInnen: UB Region Hannover

Die Jusos Bezirk Hannover sprechen sich gegen Informationsstände von Privatunternehmen (ganz besonders aus der Daseinsvorsorge) auf Parteitagen aus und fordern den SPD-Bezirk Hannover, den SPD-Landesverband und den SPD-Bundesverband auf, keine Zusammenarbeit mehr mit diesen Unternehmen einzugehen.

- 5 Stattdessen sollen verstärkt die Zusammenarbeit eingegangen werden mit Gewerkschaften, der AWO, den Naturfreunden, der Friedrich-Ebert-Stiftung, den Arbeitsgemeinschaften der SPD, sowie anderen der SPD nahestehenden Verbänden.

Antragsbereich: Verkehrspolitik

V1	V1 – Liberalisierung des Schienenpersonennahverkehrs in Niedersachsen rückgängig machen	
	AntragstellerInnen: Bezirksvorstand	
	Weiterleitung: Bezirksparteitag und Landeskonferenz	

Ein flächendeckender, qualitativ und quantitativ hochwertiger, bezahlbarer, moderner und möglichst barrierefreier Schienenpersonennahverkehr (SPNV) ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Es muss Ziel der Politik sein, ein guter SPNV vorzuhalten und eine echte Alternative zum motorisierten Individualverkehr zu bieten. Es ist daher richtig, dass den Ländern Mittel aus der Mineralölsteuer zur Verfügung gestellt werden, um vor Ort eine ausreichende und hochwertige Versorgung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen des ÖPNV sicherzustellen. Gerade in Niedersachsen wurden diese Mittel vielfach sinnvoll verwendet, um neue und moderne Züge anzuschaffen oder Bahnhöfe und Station zu modernisieren und bspw. RollstuhlfahrerInnen-gerecht zu gestalten.

Damit einher ging jedoch die Öffnung des Marktes, womit in regelmäßigen Abständen die SPNV-Linien in Niedersachsen europaweit ausgeschrieben werden. Hierbei wurde bisher nur auf Kosteneffizienz der Eisenbahnunternehmen im Wettbewerb geschaut. So verlor die bisherige Marktführerin DB Regio AG in Niedersachsen seit 1996 alle Streckenausschreibungen, die von der Landesnahverkehrsgesellschaft LNVG getätigt wurden. Unternehmen wie „metronom“, „NordWestBahn“, „erixx“ oder „WestfalenBahn“ drängten auf den Markt. Das Staatsunternehmen DB befährt somit nur noch 30% der Eisenbahnkilometer in Niedersachsen. Das ist deutschlandweit der niedrigste Wert.

Es steht fest, dass sich die Qualität im niedersächsischen SPNV stark verbessert hat. Dies belegen auch die steigenden Fahrgastzahlen. Dieser Umstand ist jedoch nahezu ausnahmslos auf die Investitionen aus den Regionalisierungsmitteln zurückzuführen und nicht auf den Betrieb durch private SPNV-Unternehmen. Fest steht ebenfalls, dass die Deutsche Bahn im bisherigen Verfahren für die Streckenvergabe vor allem durch höhere Personalkosten benachteiligt ist. Diese Mehrkosten ergeben sich u.a. daraus, dass bei der DB immer noch ein Großteil der Beschäftigten verbeamtet sind, die Tarifstruktur höher ist als bei den privaten KonkurrentInnen und dass der Altersdurchschnitt bei der DB Regio bei über 50 Jahren liegt.

Fakt ist, dass der SPNV an sich nicht lukrativ ist und nur durch den Zuschuss von Steuermitteln für die Verkehrsunternehmen eine Gewinnspanne entsteht. Es ist daher zurzeit praktisch so, dass das Land Niedersachsen mit Steuergeldern Unternehmen subventioniert, die teilweise weit unter dem Niveau der Deutschen Bahn bezahlen, deren Gewinne in private Hände fließen und die teilweise ihren Unternehmenssitz außerhalb Niedersachsens haben und somit auch nicht in Niedersachsen ihre Steuern bezahlen.

Im Gegensatz dazu zeichnet sich die Deutsche Bahn dadurch aus, dass sie in Niedersachsen (noch) vielerorts Standorte wie bspw. Werkstätten betreibt, viele ältere ArbeitnehmerInnen beschäftigt und ihre Gewinne der öffentlichen Hand zugutekommen, womit wiederum in den Schienenverkehr investiert werden kann.

Wir fordern daher die Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion auf, mit dem stumpfen Liberalisierungskurs der ehemaligen CDU/FDP-Regierung zu brechen und sich für ein neues Vergabeverfahren einzusetzen, das nicht nur den ökonomischen Nutzen und die Tariftreue im Blick hat, sondern auch die langfristigen Interessen Niedersachsens und seiner Regionen berücksichtigt und die DB Regio AG als Teil des Staatskonzerns Deutsche Bahn bevorzugt.

5

V2	V2 – Gibt den SPNV auf der Bahnstrecke Syke – Eystrup eine Chance.	
	AntragstellerInnen: UB Diepholz	

Die SPD Landtagsfraktion Niedersachsen möge sich dafür einsetzen, dass geprüft wird, unter welchen Voraussetzungen wieder ein Schienenpersonennahverkehr auf der Strecke Syke nach Eystrup möglich ist.

V3	V3 – Sicherheit vor wirtschaftlichen Interessen: LKW-Überholverbot auf allen ein- bis zweispurigen Straßen!	
	AntragstellerInnen: UB Region Hannover	

Wir fordern die SPD-Landtags- und Bundestagsfraktion auf, sich für ein generelles LKW-Überholverbot auf allen ein- bis zweispurigen Straßen einzusetzen.

Antragsbereich: Initiativanträge

Ini1	Ini1 - Keinen Fußbreit dem Faschismus! Der radikalen Rechten entgetreten!	
	AntragstellerIn: UB Göttingen	

5 Nicht zuletzt durch die Enthüllungen um den sogenannten „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) ist das Thema rechter Gewalt wieder in die Öffentlichkeit gelangt. Dadurch hat sich in breiten Bevölkerungsschichten ein Bewusstsein dafür entwickelt, dass Neonazis eine reelle Gefahr sind. Doch auch abseits des mordenden NSU-Trios und deren Unterstützer*innen treiben Neofaschist*innen, Antisemit*innen und Rassist*innen ihr Unwesen, wofür in weiten Teilen der Gesellschaft jegliches Feingefühl fehlt.

10 So versuchen beispielsweise überregional bekannte Neonazis im Verbund mit der Rockerszene in Südniedersachsen Fuß zu fassen und bei Demonstrationen wie dem so genannten „Tag der deutschen Zukunft“ (TDDZ) oder dem „Trauermarsch“ in Bad Nenndorf ihr menschenverachtendes Gedankengut auf die Straße zu tragen.

Keine Zukunft für Nazis!

15 Am 1. Juni werden Nazis aus dem Spektrum der Freien Kameradschaften erneut versuchen, ihren offen nationalistischen und rassistischen „Tag der deutschen Zukunft“ zu begehen. Nachdem sie bereits in den vergangenen Jahren in Braunschweig /Peine und Hamburg auf massiven antifaschistischen Protest gestoßen sind, wollen sie dieses Jahr in Wolfsburg ihr Glück versuchen. Wir werden weiterhin alles daran setzen, den Naziaufmarsch zu verhindern!

Keine deutschen Opfermythen!

20 Auch dieses Jahr wollen Neonazis um deutsche Täter*innen trauern, wenn sie ihren „Trauermarsch“ zum Wincklerbad in Bad Nenndorf, einem ehemaligen alliierten Internierungslager für Kriegsverbrecher*innen, abhalten. Bereits im letzten Jahr konnte dieses Treiben durch ein breites Engagement von antifaschistischen und bürgerlichen Gruppen stark behindert werden, dieses Jahr wollen wir am 3. August den Naziaufmarsch gänzlich verhindern!

Keine Toleranz den rechten Ideologien!

25 Wir Jusos werden rechten Akteur*innen und Ideologien entschieden entgetreten, wo sie uns begegnen. Dies betrifft gleichermaßen Auftritte rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen wie bekennende Neonazis. Wir werden auch in diesem Jahr nach Wolfsburg und Bad Nenndorf und wo immer es sonst noch nötig wird mobilisieren und rufen alle antifaschistischen Menschen auf, mit uns zu den Gegenveranstaltungen zu fahren!

30 Keinen Fußbreit dem Faschismus! Niemals und nirgends!

Wir Jusos im Bezirk Hannover fordern:

1. eine gesetzliche Festlegung der Netzneutralität.

Netzneutralität bedeutet, dass alle Daten im Internet „gleich behandelt“ werden. Ein Datenpaket mit einer privaten Email wird durch die Netzinfrastruktur genauso behandelt, wie das Streamen eines kostenpflichtigen Fernsehangebots oder der Download von Bildern. Das wollen wir erhalten: Wir wollen das Gebot der Netzneutralität gesetzlich festgehalten haben.

2. ein Verbot der Entschleunigung von Internetanschlüssen.

Die Telekom und andere Anbieter wollen das Datenvolumen von neuen Anschlüssen begrenzen. Letztlich steckt dahinter die Idee, dass wer bestimmte Angebote wie Streaming (das Schauen von Filmen im Internet) nutzen will, diese Dienste „dazukaufen“ muss. Dadurch versprechen sich die Anbieter höhere Einnahmen. Große Dienste (Youtube, Fernsehsender etc.) werden dazuzukaufen sein. Kleine Alternativen werden dies – insbesondere zu Beginn ihrer Aktivitäten – nicht sein. So monopolisiert sich das Angebot im Internet weiter.

Wir wollen ein gesetzliches Verbot dieses Vorgehens. Wer Internet anbietet, darf dieses Angebot nicht zur Gewinnmaximierung künstlich aufsplitten.

3. ein Verbot der Entschleunigung von mobilen Internetanschlüssen bei freien Kapazitäten.

Mobiles Telefonieren und Surfen kostet in Deutschland viel mehr als im europäischen Ausland. Wer dauerhaft mobil surfen will, darf tief in die Tasche greifen. Damit muss Schluss sein. Wir wollen das festgelegt wird, wer „über dem Limit“ surft, darf nicht künstlich heruntergebremst werden, wenn freie Kapazitäten sind. Infrastruktur die alle bezahlen aus Gewinnmaximierungsgründen ungenutzt zu lassen, gehört gesetzlich verboten. Das NutzerInnen „über den Limit“ im Rahmen der Verfügbarkeit heruntergebremst werden, ist als Ausnahme zu erlauben.

4. die Kommunalisierung der Leitungsinfrastruktur.

Der Telekom gehören heute nach wie vor große Teile des Festnetzes. Sie schafft es als MarktteilnehmerIn nicht, das Netz zum Wohle aller zu betreiben. Daher ist dieses zu kommunalisieren. Netzinfrastruktur mit Bedeutung über ein Kommune hinaus gehört in Landeseigentum.

5. den Ausbau des Glasfaser-Netzes für alle NutzerInnen.

Fast alle Technologien bei der Internetnutzung benötigen mehr und mehr Bandbreite und Deutschland schafft es nicht, diese bereitzustellen. Wir brauchen eine Glasfaser-Initiative die allen NutzerInnen in Deutschland Glasfaser-Anschlüsse mit einer großen Bandbreite ermöglicht.

Seit kurzem hat die SPD Niedersachsen einen Generalsekretär. Auf dem nächsten ordentlichen Parteitag soll dieser Posten auch im Statut verankert werden. Für uns Jusos steht fest: das darf nicht die einzige Änderung sein. Um die SPD Niedersachsen zukunftsfähig und basisorientierter zu gestalten, müssen dringend Strukturreformen durchgeführt werden.

5 Unsere konkreten Forderungen sind:

1. Landesparteirat zum Landeskonvent weiterentwickeln

Die Sitzungen des Landesparteirats sind eine Farce. Zuständig um die Parteibasis an Diskussionen und Entscheidungen des Vorstandes und der Landtagsfraktion zu beteiligen, ist der Landesparteirat heute ein Treffen zum Schnittchen essen und ewig lange Berichte aus Fraktion und Vorstand zu hören. Entstehende
10 Diskussionen werden bewusst verzögert und verhindert. Beschlüsse werden ignoriert: So ist zum Beispiel der Beschluss des Landesparteirats zur Rente – der eigentlich durch den Landesvorstand hätte behandelt werden sollen – durch den Landesvorstand lediglich zur Kenntnis genommen – und damit beerdigt - worden. Das Präsidium des Landespartei Rates beklagt die Torpedierung ihrer Arbeit durch die Landesge-
15 schäftsführung. die Hälfte der Delegierten reisen regelmäßig gar nicht mehr an. All das liegt begründet in den fehlenden Kompetenzen des Landesparteirats. Eine Lösung dieses Dilemmas ist eine echte Aufwertung des Landesparteirats zu einem Landeskonvent nach Vorbild des Parteikonvents auf Bundesebene.

Konkret:

-Die Erweiterung der Kompetenzen des Partei Rates zu einem Beschlussgremium das über alle Fragen beschließen darf, die nicht qua Satzung oder Gesetz dem Parteitag vorenthalten sind. Vorbild muss der Bundesparteikonvent sein.
20

-Das vierteljährliche Tagen des Konvents um die Arbeit des Landesvorstandes, der Fraktion und der Regierung sicherzustellen, aber auch um rechtzeitig Sachverstand und Erfahrung der ganzen Breite der Partei in deren Arbeit einfließen lassen zu können.

-Eine breite Debatte über die Form und Dichte der Informationen des Landesvorstandes und der Fraktion die das Ziel hat, deren Angebote zu verbessern und so möglichst viele Genossinnen und Genossen an den Debatten auf der Landesebene teilhaben zu lassen.
25

2. Landesparteitage aufwerten

Seit Jahren hören wir jedes Mal vor jeden Parteitag ein „Argument“: „Wir können das heute nicht diskutieren, heute muss ein ‚Signal‘ ausgehen.“. Mit diesem Signal ist dann je nach Parteitag eine Wahl, Krönung,
30 ein wichtiger Beschluss oder schlicht und ergreifend die Tatsache, dass eine große Anzahl von PressevertreterInnen anwesend ist, gemeint. Diskussionen, die möglicherweise kontrovers sein können, wurden soweit es ging durch SPD FunktionärInnen im Vorfeld versucht zu verhindern oder zu verzögern. Davon haben wir uns nie abhalten lassen Diskussionen trotzdem zu führen. Dennoch ist uns durchaus bewusst, dass

Inszenierung auch Teil des politischen Geschäfts ist und wir als SPD uns dem auch nicht entziehen können. Aber sind wir auch der Meinung, dass ein eine Möglichkeit für die Partei geschaffen werden muss um wirklich zu diskutieren.

Konkret:

- 5 -Landesparteitage finden künftig in der Regel zweitägig statt. So ist sichergestellt, dass neben Reden von SpitzenpolitikerInnen auch genug Raum für Diskussionen der Partei ist.
- Im Landesvorstand werden klare inhaltliche Zuständigkeiten festgelegt. Über Foren werden gemeinsam mit der Parteibasis Anträge für Parteitage entwickelt.

3. Den Landesvorstand der gesellschaftlichen Realität anpassen

- 10 18,5%, bzw. fünf GenossInnen. Das ist in Zahlen ausgedrückt der Anteil von Mitgliedern des SPD Landesvorstandes, die keine BerufspolitikerInnen sind. Dem gegenüber stehen 22 Bundestags- und Landtagsabgeordnete, Hauptverwaltungsbeamte oder Mitglieder der Regierung. Darüber hinaus bestehen zwischen Landespräsidium und Landtagsfraktionsvorstand erhebliche Personalüberschneidungen. Wie kann ein Gremium, das so zusammengesetzt ist, die gesellschaftliche Realität widerspiegeln? Jedes Mitglied des
- 15 Landesvorstandes macht unbestritten eine gute Arbeit, dennoch ist es unerlässlich das Gremium der Gesellschaft, für die wir Politik machen, anzupassen.

Konkret:

- Die Verankerung einer Regelung, die den Anteil von Ehrenamtlichen im SPD Landesvorstand auf über 50 % festlegt.
- 20 -Eine Absprache der Bezirke, die vorsieht zur nächsten Wahl des Landesvorstandes jeweils zur Hälfte Kandidierende zu unterstützen die einer Beschäftigung außerhalb der Politik nachgehen oder nachgingen. Damit verbunden werden sollte ein langer Vorlauf, so dass ausscheidende Landesvorstandsmitglieder ausreichend Zeit haben sich auf dieses Vorgehen einzustellen.
- Eine Trennung von Präsidium und Fraktionsvorstand. Ein Drittel der Mitglieder des Präsidiums sollten nicht Mitglieder des Landtages (oder der Landesregierung) sein. Maximal ein Drittel sollte Mitglied des Fraktionsvorstandes sein. Auch diese Frage kann mit einer Absprache zwischen den Bezirken, dem Landesvorsitzenden und der Fraktionsvorsitzenden ermöglicht werden, dass eben solche Kandidierende unterstützt werden, die dieses Vorgehen ermöglichen.
- 25

4. Weiblicher werden – Jünger werden.

- 30 Die SPD Niedersachsen ist heute eine Männerpartei. Sie schafft es – trotz anderer Versprechungen – immer noch nicht, Frauen adäquat an Macht und Verantwortung zu beteiligen. Wichtiger als Frauen zu beteiligen sind alle möglichen Dinge – am wichtigsten aber der absurde Bezirksproporz, der seine Legitimation ausschließlich aus dem Status quo beziehen. Fassungslos stehen heute ältere Sozialdemokraten (sic!) vor der Frage, wie die SPD den jugendlichen und weiblichen Grünen eine Strategie entgegensetzen soll. Die
- 35 SPD Niedersachsen muss ihren Umbau zu einer Partei beider Geschlechter und einer Verjüngung forcieren.

Konkret:

-Bei der Schaffung des Postens der Generalsekretärin oder des Generalsekretärs, muss eine Quotierungsregelung greifen. Denkbar wäre es vorzuschreiben, dass mindestens eine der Positionen Landesvorsitz, Landesgeschäftsführung und GeneralsekretärIn weiblich sein muss.

5 -Landesvorstand und Parteikonvent müssen eine Arbeitsgruppe einsetzen, die ein Verfahren zur Sicherstellung der Geschlechterparität zukünftiger SPD-geführter Regierungen vorschlagen. Diese Verfahren muss von Landesparteitag beschlossen werden.

-Der SPD-Landesverband muss seine Frauenförderung evaluieren und weiterentwickeln

5. Jusos professionalisieren – Hauptamtliche Unterstützung sicherstellen.

10 In der bisherigen Praxis verfügen die Jusos Niedersachsen über keine echte hauptamtliche Unterstützung. In den letzten zwei Jahren haben sich die Genossen, die die VPJ-Abrechnung durchführen bereit erklärt darüber hinaus als ehrenamtlicher Geschäftsführer im Juso-Landesvorstand mitzuarbeiten. In der Realität führt das zu einer massiven Arbeitsbelastung und einem Arbeitsmodell, das wohl kaum mit dem von uns geforderten Leitbild der „Guten Arbeit“ einhergehen kann. Darüber hinaus ist das Fehlen einer echten Hauptamtlichkeit ein Grund dafür, dass die Jusos Niedersachsen im Vergleich zur politischen Konkurrenz oft das Nachsehen hat.

15

Konkret:

-Die Geschäftsführung des Juso Landesverbandes muss unabhängig von der Abrechnung und Verwaltung der VPJ-Mittel organisiert werden.

-Eine hauptamtliche politische Geschäftsführung wird eingeführt